

**Redebeitrag**  
**der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages**  
**Dr. h. c. Susanne Kastner, MdB**  
**am 25. November 2005**

**bei der Tagung**  
**„Nach der Bundestagswahl – Deutschland in der**  
**Zerreißprobe?“ der Kurt-Schumacher-Gesellschaft**

**Thema:**  
**Die Rolle der Fraktionen in einer Großen Koalition**

**(es gilt das gesprochene Wort)**

**Liebe Annemarie Renger,  
verehrte Vorstandmitglieder der Kurt Schumacher Gesellschaft,  
sehr geehrte Gäste der heute und morgen stattfindenden Tagung!**

**Zunächst einmal möchte ich Ihnen sagen, dass ich mich freue, hier und heute zu Ihnen sprechen zu können. „Nach der Bundestagswahl – Deutschland in der Zerreißprobe?“ ist nicht nur ein aktuelles, sondern vor allem äußerst interessantes Thema, welches Sie in den nächsten zwei Tagen aus den unterschiedlichsten Gesichtspunkten beleuchten werden.**

**Ich selber bin gebeten worden, über die Rolle von Fraktionen innerhalb einer großen Koalition zu sprechen, und damit natürlich auch die Rolle des Parlamentes zu bewerten. Das will ich in den nächsten Minuten sehr gerne machen.**

**Meine Damen und Herren, um die Gegenwart zu verstehen, sollte man sich durchaus die Vergangenheit ansehen. Ich möchte aber gleich zu Beginn sagen, dass ich plakative Vergleiche von historischen Personen oder Ereignissen ablehne.**

**Diese sind immer unvollständig, nur mit aufwendigen Erklärungen und Hintergrundwissen zu verstehen und bringen uns zudem nicht weiter.**

**Gerade bei der Thematik „Große Koalition“ bietet es sich natürlich an, die Phase vom 1. Dezember 1966 bis zum 21.10.1969 zu betrachten, da während dieser Zeit eine rot-schwarze Koalition in Deutschland regierte.**

**Die Beobachtungen kann man für die jetzige aktuelle Situation nutzen, sollte jedoch leichtfertige Parallelen vermeiden.**

**Gerade bei der Medienberichterstattung der Ereignisse in den letzten Wochen hat man den Eindruck gewonnen, in unserm Land leben neben Politikern und Journalisten unendlich viel Politologen und Politikwissenschaftler, die die Situation methodisch analysieren und politisch theoretisieren.**

**Wer mich kennt, weiß, dass ich eine Pragmatikerin bin und deshalb möchte ich meinen Ausführungen ein Zitat voranstellen.**

**Ich zitiere also:**

**„Ich möchte Sie auf diese Weise gerne wissen lassen, dass meine Freunde und ich zu würdigen wissen, was Sie über die gemeinsame Arbeit gesagt haben. Weder zurückliegende noch bevorstehende Kontroversen werden mich abhalten, zu dem zu stehen, was wir (...) miteinander geleistet haben; es ist unserm Vaterland nicht schlecht bekommen.**

**Die künftige Regierung wird sich auf das zu stützen haben, was durch die große Koalition konzipiert, angepackt und zu einem nicht geringen Teil ja auch verwirklicht wurde.**

**Wir stehen, so oder so, in gemeinsamer Verantwortung. Auch deshalb kann dies kein politischer Abschiedsbrief sein. Aber ich wollte Ihren gestrigen Rückblick doch nicht ohne eine Antwort lassen, in die der persönliche Respekt vor Ihrer Kanzlerschaft einbezogen ist.“ – Zitatende**

**Meine Damen und Herren, nach diesen Worten könnte man zu der Auffassung gelangen, dass ich das Ende der großen Koalition des Jahres 2005 vorweggenommen habe. Also für den Vizekanzler Franz Müntefering in vorausgehendem Gehorsam Briefe schreibe, die dieser an die Kanzlerin Angela Merkel schicken könnte.**

**Aber ich kann Sie beruhigen: Franz Müntefering schreibt seine Briefe durchaus selber und derartige Schreiben existieren nicht.**

**Dieses Zitat ist einem historischen Dokument entnommen, nämlich dem handschriftlichen Brief vom damaligen Vizekanzler Willy Brandt an den scheidenden Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger aus dem Jahre 1969, dem Ende der großen Koalition also.**

**Die Aufgabe des Bundeskanzlers in einer großen Koalition ist recht treffend mit dem Ausdruck „wandelnder Vermittlungsausschuss“ zusammen gefasst.**

**Nicht nur die Interessen der eigenen Minister, der Partei und der Fraktion musste Kiesinger befrieden, sondern auch die Gefühlslage des Koalitionspartners musste er berücksichtigen.**

**Dementsprechend ging es darum, innerhalb der manchmal engen Grenzen des Möglichen immer wieder aufs Neue Kompromisse zu finden und vor allem einen Bruch des Superbündnisses zu verhindern.**

**Willy Brandt äußerte sich hierzu in einem Statement über die Richtlinienkompetenz. Ich zitiere:**

**„Nein, die Gefahr ist nicht, dass eine Richtlinienkompetenz gegen uns geltend gemacht werden könnte in Fragen, die wir für wesentlich halten.“ - Zitatende**

**Ich sage Ihnen ganz ehrlich und genau das habe ich bei der erneuten Lektüre einiger Bücher über die große Koalition von 1966 bis 1969 immer wieder festgestellt:**

**Diese 5. Legislaturperiode war keineswegs eine vertane Zeit, die die Gesellschaft geschwächt, das Handeln erlahmt oder die parlamentarische Demokratie entmacht hat.**

**Diese über Partei- und Faktionsgrenzen hinweg geltende Einschätzung entstand aus unterschiedlichen Motiven.**

**Ich hingegen bin der Meinung, dass während dieser 3 Jahre eine Politik durchgesetzt wurde, bei der Neues geschaffen wurde und Deutschland so für den Übergang in die siebziger Jahre vorbereitet war.**

**So wurden die späteren Ergebnisse und Veränderungen im Bereich der Außenpolitik in dieser Zeit auf den Weg gebracht.**

**Auch innen- und wirtschaftspolitisch gab es nicht nur die Notstandsgesetze, sondern auch die Globalsteuerung, die Stabilitätsgesetze, die Konzertierte Aktion und eine Finanzverfassungsreform.**

**Der bis dahin verfolgte Ansatz einer „Arme-Leute-Politik“ wurde erstmals zu einer Umverteilungs- und Investitionspolitik umgewandelt.**

**Diese von Anfang an als Übergang gesehene und verstandene Regierung konnte im Bereich Parlamentarismus und Verfassungsverständnis gegebenenmaßen nur Debatten anstoßen und weniger definitive Entscheidungen herbeiführen.**

**Der Publizist Hermann Rudolph beschreibt die Große Koalition der sechziger Jahre folgendermaßen. Ich zitiere:**

**„Die Große Koalition hat unter den verschiedenen Regierungsbündnissen der Bundesrepublik wohl das merkwürdigste Schicksal gehabt. Zu ihren Lebzeiten weitgehend, ja, in nachgerade spektakulärer Weise verkannt, weil (...) als Sündenfall gegeißelt, ist sie mit ihrem Ende fast vollständig in Vergessenheit geraten.“ – Zitatende.**

**Es mag dementsprechend erstaunen, dass der Großteil der Bevölkerung damals überzeugt von diesem Bündnis der beiden großen Parteien war.**

**Aufgrund der äußerst prominenten Besetzung des Kabinetts wurde eine umfassende und schnelle Beseitigung aller Probleme nicht nur herbei geseht sondern schlicht erwartet.**

**Mit Persönlichkeiten wie Willy Brandt als Außenminister, Karl Schiller als Wirtschaftsminister oder auch Franz-Josef Strauß als Finanzminister sah man die Lösung aller Probleme in greifbare Nähe gerückt.**

**Außerdem waren die Menschen in Westdeutschland keineswegs besorgt wegen dieser Allianz zwischen den beiden großen Parteien. Dieses liegt sicherlich auch daran, dass dieses Bündnis mit seinen Repräsentanten nicht abrupt, abenteuerlich oder riskant erschien.**

**Die Große Koalition wurde in einem ganz normalen Verfahren mit Koalitionsverhandlungen der agierenden Parteien innerhalb des bewährten Systems gegründet.**

**Der Bevölkerung wurde deutlich, dass alle Verbindungen in einer Demokratie möglich sind, ohne dass diese in Gefahr geraten könnte.**

**Ich möchte an dieser Stelle den damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt zitieren, der die Sitzung folgendermaßen zusammenfasste: „Meiner Auffassung nach geht es darum, zu entscheiden, ob wir in einer Regierung mitwirken wollen oder nicht.“ - Zitatende**

Darum ging es sicherlich auch. Aber es galt gleichermaßen dem Vorurteil entgegenzutreten, dass die Sozialdemokratie zur Opposition taugte, aber nicht zum Regieren. Dass dieses gelungen ist, zeigt sich daran, dass Willy Brandt mit einer sozialliberalen Regierung 1969 Bundeskanzler wurde.

Meine Damen und Herren, es mag für den einen oder anderen überraschend klingen, aber Fakt ist:

Die SPD wandelte sich in den Jahren der Großen Koalition zu einer Partei aus solidem Pragmatismus und ideologischer Re-Orientierung, die eigenes Profil entwickelte und Eigenständigkeit zeigte.

An dieser Stelle sei die Zwischenbemerkung gestattet:

Die strategischen Überlegungen von Herbert Wehner sind interessant. Er war davon überzeugt, dass von einer schwarz-roten über eine rot-schwarze Koalition die absolute Mehrheit für die Sozialdemokratie erreicht werden könne.

Er hielt diesen Weg für langwierig und schwierig, dennoch für solide und vermittelbar. Genau aus diesem Grunde wehrte er sich lange Zeit dagegen, im Jahre 1969 eine Regierung mit der FDP unter der Führung der SPD zu bilden.

Aus heutiger Sicht ist klar, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands diesen Weg gehen musste.

Sie musste mit Hilfe der großen Koalition den Weg bereiten, etwas zu verändern. Sie sah ein, dass eine Verleumdung der durch Adenauer erfolgreich aufgebauten Republik aussichtslos war, sondern nur das Akzeptieren der entstandenen Tatsachen einen Wandel ermöglichen würde.

Die Bundestagsfraktionen mit ihren Vorsitzenden Helmut Schmidt und Rainer Barzel wurden ebenso als Garanten einer stabilen Demokratie angesehen, bei dem das Parlament nach wie vor die entscheidende Kontrollfunktion besaß.

Um die SPD-Fraktion im Bonner Bundestag von der Großen Koalition zu überzeugen, wurde am 26. November 1966 eine Sondersitzung abgehalten, um hier den Auftrag für die Regierung zu erhalten. Diese Sitzung dauerte die ganze Nacht und am Ende stimmte eine Mehrheit von 60 bis 65 Prozent der Regierungsbildung zu.

Meine Damen und Herren, Annemarie Renger weiß darüber sicherlich mehr zu erzählen, da sie bei dieser Sitzung anwesend war.

Es wurde viel über die Bedeutung des Parlamentes zu Zeiten einer großen Koalition gesagt. Der Politologe Klaus Hildebrandt, der sich ausgiebig mit der Zeit 1966 bis 1969 beschäftigt hat, beschreibt dieses recht zutreffend. Ich zitiere:

„Auch dankte das Parlament in den Jahren der Großen Koalition keineswegs ab, wie immer befürchtet worden war.“

Vielmehr präsentierte es sich in gewisser Hinsicht der Regierung gegenüber sogar kritischer, als der Bundestag dies in mancher Legislaturperiode zuvor getan hatte.“ - Zitatende

Bemerkenswert ist tatsächlich, dass kein Funktionswandel des Parlamentes stattfand, sondern im Parlament.

Oftmals verliefen die Grenzen zwischen Regierung und Bundestag und nicht zwischen Regierungsfractionen und Opposition. Dabei war die FDP mit nur 49 Abgeordneten sicherlich nicht in einer komfortablen Position.

Aber auch die beiden großen Fraktionen der Union und Sozialdemokratie mit 447 Mandatsträgern unterstützten nicht ausschließlich die Exekutive, sondern trieben sie an, unerledigte Vorhaben zu realisieren, und forderten diese auch ein.

Die Abgeordneten kontrollierten ihre Regierung, diskutierten unterschiedlichste Vorhaben in intensiven Debatten und intervenierten bei verschiedenen Projekten

Bei diesen Debatten ging es im Verlauf der Regierungszeit immer häufiger um Themenbereiche, die für die Bevölkerung nicht so spannend waren. Deshalb mag der falsche Eindruck entstanden sein, dass das Parlament seine Kontrollfunktion nicht ausreichend wahrgenommen hat.

Meine Damen und Herren, wir sind heute im Jahr 2005 und haben einmal mehr mit einer großen Koalition zu tun.

Viele Dinge scheinen identisch zu sein:

Wir haben einen Regierungschef von der CDU/CSU, wir haben einen Vizekanzler der SPD, es gibt ein Kabinett, zwei große Volksparteien, und zwei recht starke Bundestagsfraktionen, die eine große Mehrheit innehaben.

Dieses sind die Fakten und damit hören auch schon die Parallelen auf.

Seit nunmehr 3 Tagen hat Deutschland eine Kanzlerin, die gemeinsam von der SPD und der CDU/CSU im Deutschen Bundestag gewählt wurde.

Entgegen aller Spekulationen ist dieses auch völlig unspektakulär vonstatten gegangen.

Wie sich die neue Kanzlerin bewährt, ob sie einen – wie von einigen Medien vermutet- „präsidialen Regierungsstil“ haben wird – all das wird sich zeigen.

Ich selber wurde nach der Sitzung gefragt, ob ich jetzt besonders froh sei, dass eine Frau Kanzlerin geworden ist. Meine Antwort dazu war, dass es bei dieser Position weniger auf das Geschlecht als vielmehr auf die Inhalte ankommen wird.

Fakt ist, dass Angela Merkel und ihre Amtsführung nicht an historischen Vorgängern gemessen werden können, da sie schlichtweg die erste Frau in dieser Position ist. Ob das ein Vorteil ist oder nicht, kann und möchte ich hier nicht beurteilen.

**Auch an diesem Punkt möchte ich auf Annemarie Renger verweisen, die ebenfalls als erste Frau in einem hohen Amt, nämlich als Bundestagspräsidentin, tätig war.**

**Die Zusammensetzung des Kabinetts ist bekannt, aber bereits über die Arbeit und Rolle zu reflektieren, wäre doch ein wenig verfrüht.**

**Mit der CDU-Parteivorsitzenden Angela Merkel als Kanzlerin, dem CSU-Landesgruppenchef Michael Glos als Wirtschaftsminister und SPD-Vizekanzler Franz Müntefering als Arbeits- und Sozialminister sind alle beteiligten Parteien in dieser Runde vertreten.**

**Sie werden darauf achten, dass keine Grundüberzeugung zu kurz kommt oder gar über Bord geworfen wird.**

**Es konnte zwar die vorgesehene Planung, alle Parteivorsitzenden am Kabinettstisch zu versammeln, aus den bekannten Gründen, nicht umgesetzt werden.**

**Die jetzt gefundene Lösung in einer solch schnellen und unaufgeregten Weise zu erreichen, kann aber sicherlich als Indiz für eine effiziente Arbeit gesehen werden.**

**Das ist auch das Empfinden der Bevölkerung. Meiner Einschätzung nach haben die Menschen in unserm Land die Große Koalition gewollt. Das zeigt sich nicht nur am Wahlergebnis.**

**Das zeigt sich besonders in den recht hohen Erwartungen, die in diese Regierung gesetzt werden. Mit einer großen Mehrheit lässt sich viel bewegen und verändern, und genau dieses wird von den Menschen als notwendig empfunden.**

**Die den Deutschen eigene Art des Lamentierens und Schlechtredens ist soweit gediehen, dass jetzt der Zeitpunkt erreicht ist, wo viele die Situation als dramatisch empfinden. Da helfen keine Zahlen und Daten, die das Gegenteil aufzeigen.**

**Meine Damen und Herren, es ist einfach so, dass man eine gefühlte Weltuntergangsstimmung nicht mit Fakten verändern kann.**

**Im Übrigen gelingt dieses auch keiner „Du bist Deutschland!“-Kampagne nach amerikanischem Muster, die völlig an den Befindlichkeiten der Deutschen vorbei geht.**

**In einer solchen Stimmung wird nach der Lösung aller Probleme in möglichst kurzer Zeit gesucht, und die Öffentlichkeit sieht dieses am ehesten in einer großen Koalition gegeben.**

**Das spiegelte sich auch bei der großen Zustimmung unserer Partei auf dem SPD-Parteitag wider. Mich hat erstaunt, dass die Debatte und Aussprache über**

den Koalitionsvertrag und die grundsätzliche Frage einer großen Koalition recht kurz und sachlich geblieben sind.

Möglicherweise waren die vorangegangenen Auseinandersetzungen über den Parteivorsitz und die Person Franz Münteferings doch so nachhaltig, dass die entscheidende Frage nach der SPD-Regierungsbeteiligung in den Hintergrund gerückt ist.

Vielleicht ist es auch so, dass wir heutzutage einfach keine großen Vorbehalte mehr haben gegen ein Zweckbündnis auf Zeit zwischen den beiden großen Parteien, weil wir in der Normalität einer stabilen parlamentarischen Demokratie angekommen sind, in der alle Konstellationen möglich sind, wenn sie denn dem Land und den Menschen dienen.

Die im Bundestag vertretenen Fraktionen sind sich der Kontrollfunktion durchaus bewusst und mit den beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD, Volker Kauder und Peter Struck, sind zwei engagierte Parlamentarier am Werk.

Hier fällt mir der schon oft zitierte Satz von Peter Struck ein, der immer sagt: „Es verlässt kein Gesetz den Deutschen Bundestag und wird so verabschiedet wie es hereingekommen ist.“

Dementsprechend werden auch die beiden Fraktionen der Regierungskoalition mit ihren 448 Abgeordneten darauf achten, dass die Regierung die entsprechenden Gesetzesvorhaben umsetzt.

Dass einige Kolleginnen und Kollegen aus dem Regierungslager Frau Merkel nicht gewählt haben, ist dementsprechend ein völlig demokratischer Prozess, der zum politischen Alltag dazugehört.

Wenn Journalisten jetzt fordern, die „Abweichler“ ausfindig zu machen, da kann ich als überzeugte Parlamentarierin nur heftig widersprechen. Abgeordnete können nun einmal bei genau dieser Wahl geheim wählen.

Meine Damen und Herren, Annemarie Renger als ehemalige Bundestagsvizepräsidentin wird mir sicherlich zustimmen, wenn ich mich in dieser Frage ausdrücklich vor die Abgeordneten des Hohen Hauses stelle.

Am Rande bemerkt: Ich ärgere mich jeden Mal über ungültige Stimmzettel von Abgeordneten, die dieses eigentlich beherrschen müssen. Stimmzettel, die das Recht des Abgeordneten wiedergeben, ärgern mich dem gegenüber nicht.

Im 16. Deutschen Bundestag sind 5 Fraktionen vertreten mit insgesamt 614 Mandatsträgern.

Die 3 Oppositionsparteien FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE haben 166 Sitze und sind somit durchaus in der Lage, die Rolle der Opposition entsprechend wahrzunehmen.

Verschiedentlich war in den vergangenen Wochen zu lesen, dass aufgrund der großen Mehrheit der regierenden Parteien im Parlament nicht ausreichend Kontrolle herrscht.

Ich möchte dazu nur anmerken, dass wir eine ganze Reihe zusätzlicher Institutionen haben, die genau dieses einfordern und auf die Einhaltung der parlamentarischen Funktionen achten werden.

Da fällt uns allen natürlich als erstes die Journaille ein. Die ernsthaft und seriös arbeitenden Berichtersteller bearbeiten durchaus Themen mit aufklärenden und kontrollierenden Aspekten.

Meine Damen und Herren, viele von uns verbinden mit der Großen Koalition der sechziger Jahre die Außerparlamentarische Opposition, kurz APO. Der eine oder die andere mag sich gewundert haben, dass dieses Stichwort nicht schon früher gefallen ist.

Das hat zwei Gründe: Zum einen bin ich der Meinung, dass das Zustandekommen der APO nicht auf die Große Koalition zurückzuführen ist. Da würde man doch reichlich vereinfachen.

Es gibt eine ganze Reihe weiterer Gründe, die ich an dieser Stelle nicht alle aufzählen möchte. Ganz sicher ist, dass es in der ganzen Welt solche Bewegungen gegeben hat und zwar auch in Ländern ohne Große Koalition.

Der zweite Grund hängt mit dem Inhalt meiner Rede zusammen: Ich würde ein wenig außerparlamentarische Opposition gutheißen.

Das heißt: Mehr engagierte und informierte Bürgerinnen und Bürger, die sich Gedanken über die Zukunft unserer Demokratie machen, die Visionen über unser Land entwickeln, die unorthodoxe Lösungsansätze für die Herausforderungen der Gesellschaft vorschlagen.

Also, außerparlamentarische Opposition als Ergänzung und im Dialog mit den Politikerinnen und Politikern in unsern Parlamenten im Bund und auf Länderebene.

„Demokratie wagen!“ war der Satz, der mich damals tief beeindruckt hat und in die Familie der alten Tante SPD gebracht hat.

Meine Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn wir keine „Zerreißprobe“ erleben würden, wie im Titel steht. Ich würde mir wünschen, wenn eine Bewährungsprobe mit anschließender geglückter Resozialisierung gelingen würde.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit